

Tagesschul-Initianten reichen Aufsichtsbeschwerde ein

DÜBENDORF: Fehlender Initiativtext und «Fake News»: Die Verantwortlichen hinter der Tagesschul-Initiative wollen den Dübendorfer Stadtrat wegen der Abstimmungsbroschüre zur Rechenschaft ziehen.

Noch vor der Abstimmung über die Volksinitiative «Bezahlbare Tagesschulen jetzt!» am 29. November ist klar: Die Sache wird ein Nachspiel haben. So hat das Initiativkomitee beschlossen, eine Aufsichtsbeschwerde einzureichen. Ein Grund ist, dass in der Abstimmungsbroschüre das Anliegen der Befürworter zwar entsprechend der Initiative dargelegt wird, der exakte Initiativtext aber fehlt.

Der Stadtrat hat die fehlenden Angaben Anfang November mittels Medienmitteilung und auf der städtischen Website nachgereicht. Für Leandra Columberg (SP) vom Initiativkomitee ist es damit aber nicht getan. «Der Stadtrat ist in der Pflicht, dass sich die Stimmberechtigten aufgrund von neutralen Informationen ein Bild von einer Vorlage machen können. Es wirft ein schlechtes Bild auf den Stadtrat, dass das hier nur eingeschränkt möglich ist.»

«Schon fast eine Täuschung»

Denn laut der Kantonsrätin fehlt nicht nur der Initiativtext, der Stadtrat argumentiere darüber hinaus in mehreren Fällen mit Halbwahrheiten. «Natürlich darf die Ex-



Trotz Beschwerde: Die Initianten wollen das Resultat der Abstimmung akzeptieren. *Archivfoto: Christian Merz*

ekutive in einer Abstimmungsbroschüre ihre ablehnende Haltung kundtun», sagt Columberg, «aber wenn in einem beleuchtenden Bericht bereits die Kosten für eine flächendeckende Einführung von Tagesschulen hochgerechnet werden, läuft das schon fast auf eine Täuschung hinaus.» Denn im Initiativtext sei explizit von «mindestens einer Tagesschule» die Rede.

Columberg kritisiert auch die Aussage in der Broschüre, wonach

«einzelne Tagesschulangebote» bevorzugt von bildungsnahen Eltern gebucht würden, was eine soziale Entmischung zur Folge habe. «Damit wird einfach mal der Grossteil der Studien ignoriert, welche die überaus positiven Auswirkungen belegen, die Tagesschulen auf Kinder und Familien – und die soziale Durchmischung – haben», so Columberg. Das sei ein fragwürdiges, politisch gefärbtes Verhalten, für das man den Stadtrat zur Rechenschaft ziehen wolle – unabhängig vom Ausgang der Abstimmung.

«Wir haben bewusst auf die Einreichung einer Stimmrechtsbeschwerde verzichtet und wählen aus Gründen der Opportunität und der Verfahrensökonomie das Mittel der Aufsichtsbeschwerde», so Columberg. Dies, weil man das Resultat der Abstimmung in jedem Fall akzeptieren werde. «Der Demokratie und dem ohnehin angeschlagenen Ruf unserer Stadt wäre kein guter Dienst getan, wenn die Abstimmung wiederholt werden müsste.»

Nicht aus der Luft gegriffen

Stadtschreiber Martin Kunz sieht hingegen keinen Grund für Einwände. «Wir sind der Ansicht, dass der Inhalt der Initiative in der Broschüre exakt wiedergegeben wurde.» Auch wenn der Initiativtext nicht eins zu eins abgedruckt worden sei, könnten sich die Stimmberechtigten damit ihre eigene Meinung bilden.

ANZEIGE

Lägere-Hüpfli Café
Der süsse Genuss zum Kaffee



Nur für kurze Zeit erhältlich

Fleischli
Einfach... ein Bisschen mehr

Die Adresse für Geniesser

So seien etwa die möglichen Kosten für eine einzelne Tagesschule klar aufgeschlüsselt. Und es sei dem Stadtrat freigestellt, darüber hinaus den Stimmberechtigten eine Ahnung davon zu vermitteln, wie teuer eine flächendeckende Einführung käme. Auch das Argument der Entmischung sei nicht aus der Luft gegriffen, sondern entspreche der Erfahrung verschiedener Gemeinden, die bereits eine Tagesschule eingeführt hätten.

Kein Brief an Stimmberechtigte

Kurz räumt ein: «Dass der Initiativtext untergegangen ist, ist sicher ein Mangel.» Doch man habe alles getan, um den Fehler zu korrigieren und den Text online, per Newsletter, mittels Mailversand an politische Entscheidungsträger und über die Medien öffentlich gemacht. Von einem Versand per Brief an alle Stimmberechtigten habe man abgesehen, weil dies zu lange gedauert hätte, so Kunz. *Thomas Bacher*

Dübendorf und die Tagesschule – die Odyssee der Befürworter

Der Wunsch nach einer Tagesschule in Dübendorf ist alles andere als neu. Entsprechende Aufzeichnungen in der Schweizer Medien-Datenbank gehen bis ins Jahr 1985 zurück. Damals, am 13. Juni, veröffentlichte die NZZ eine eingesandte Meldung, mit der eine lokale Arbeitsgruppe zu einer Podiumsdiskussion zum Thema «freiwillige öffentliche Tagesschule in Dübendorf?» einlud. Der Anlass fand im Lindenhaut statt, das wenige Jahre später abgerissen wurde, die Idee aber überlebte.

1999 lancierte ein Verein eine Volksinitiative für eine Tagesschule. Dabei sollten die Dübendorfer in einem ersten Schritt ihre grundsätzliche Zustimmung – oder Ablehnung – an der Urne kundtun. Bei einem Ja hätte die Primarschulpflege ein Detailprojekt mit Kostenfolge zuhanden einer weiteren

Urnenabstimmung ausarbeiten müssen. Innerhalb von 50 Tagen sammelten die Mitglieder mehr als 600 Unterschriften – doppelt so viele, wie für ein Volksbegehren nötig gewesen wären.

Umfrage zeigte wenig Interesse

Initiantin Gaby Gossweiler, die später für die FDP im Dübendorfer Gemeinderat sass, argumentierte mit Familienfreundlichkeit, pädagogischen Vorteilen und positiven Auswirkungen auf die Standortattraktivität. Primarschulpräsident Bruno Fenner jedoch war nicht begeistert von den Plänen. Er berief sich auf eine Elternumfrage, die nur ein geringes Echo ausgelöst habe. Er wollte sich lieber auf die Einführung der Blockzeiten und eine Erweiterung des Hort-Angebots konzentrieren.

Im November 2000 lehnte der Gemeinderat die Tagesschulinitiative ab. Vier Monate später erteilte auch das Volk den Plänen mit einem Zweidrittelmehr eine Absage. Die Initianten zeigten sich überrascht über die Deutlichkeit des Votums.

Nach dem Nein kam die Initiative

Danach war die Tagesschule zwar immer mal wieder Thema, wenn es im Parlament um schulische oder familienpolitische Fragen ging. Ein richtiges Comeback gab es aber erst, als 2013 Gaby Gossweiler und Andrea Kennel (SP) mit einer Interpellation dem Stadtrat Fragen stellten zur Machbarkeit einer «Tagesschule light» und mögliche Kosten in Erfahrung bringen wollten. Als die Antwort vorlag, warfen sie der Exekutive vor, dass diese sich nicht

ernsthaft mit dem Thema habe auseinandersetzen wollen.

2018 ging die Diskussion weiter. Anlass war ein Postulat von Tanja Walliser (SP) und zehn Mitunterzeichnenden. Wieder lieferten sich Befürworter und Gegner im Parlament eine engagierte Debatte. Diesmal lehnte die Schule die Idee jedoch nicht ab. Bildungsvorsterin Susanne Hänni (GLP/GEU) sagte: «Das Postulat rennt offene Türen ein und ist deshalb unnötig.» Der Rat stimmte in der Folge deutlich gegen eine Überweisung an den Stadtrat. Unmittelbar nach der Sitzung des Gemeinderats lancierten SP und Grüne die Volksinitiative «Bezahlbare Tagesschule jetzt!» *Thomas Bacher*

Quellen: «NZZ», «Tages-Anzeiger», «Zürcher Oberländer».